

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 138 — 1. Jahrgang Saarbrücken, Freitag, den 1. Dezember 1933 Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Wettkästen in der Luft
Seite 2

Dimitroff unermüdetlich
Seite 3

Erschießt die Freiheit
Seite 4

Keine Saarverhandlungen
Seite 8

Inseratenteil beachten!

Der Reichstagssschwindel beginnt

Das Parlament des Verfassungsbruchs, des Terrors und der Fälschung

Der Präsident des Reichstages der 8. Wahlperiode, Reichsminister Göring, hat auf Grund der Artikel 23 und 27 der Reichsverfassung den neugewählten Reichstag der 9. Wahlperiode am Dienstag, den 12. Dezember 1933, nachmittags 3 Uhr, einberufen.

Der Reichstag wird vermutlich sich nicht nur auf unehrenhafte Kundgebungen beschränken, sondern er wird wahrscheinlich auch zur Annahme einer neuen ständischen Verfassung befohlen werden. So will man den Schein der Legalität für die Gegenrevolution wahren. In Wirklichkeit besteht nach dem Wortlaut und dem Sinn der noch immer geltenden Reichsverfassung dieses Ja-Sage-Parlament nicht zu Recht. Seine Proklamationen sind nicht die Stimme der Nation und seine Beschlüsse sind vor jeder wirklichen Selbstbestimmung nichtig.

Schon der am 5. März gewählte Reichstag war durch die Unterdrückung fast jeder Wahlarbeit der Opposition nicht verfassungsmäßig zustande gekommen. Durch Verfassungsbruch wurden dann die Kommunisten und später die Sozialdemokraten ihrer Mandate beraubt. Unter Patronage eines Reichspräsidenten und durch die Verordnung eines Reichsministers, die feierliche Eide auf die Reichsverfassung abgelegt hatten.

Die sogenannten Wahlen zum jetzigen Reichstag rissen alles in Fetzen, was überhaupt noch an politischen Volkswerten in Deutschland bestand. Es gab keine Möglichkeit einer Gegenkandidatur gegen die Parteiliste der Nationalsozialisten. Jede Versammlung, jede Druckschrift, nicht nur jede öffentliche, sondern auch jede private noch so zahme Meinungsäußerung wurde unterdrückt und mit schweren Strafen belegt. Dennoch wagten 5 1/2 Millionen Wähler und Wählerinnen ihre Ehre gegen die Schande dieses korrupten Systems zu wahren. Die „Deutsche Freiheit“ hat den Beweis dafür erbracht, daß ungezählte Oppositionsstimmen mehr abgegeben worden sind als gezählt wurden. Wir fügen dem Material und den Dokumenten, die wir veröffentlicht haben, einen neuen Beweis für die amtliche Wahlfälschung hinzu.

Vor und liegt ein Stroh amlicher Wahlwertes. Jeder amtliche Umschlag enthält je eine Klein-Stimme gegen die Reichsregierung und gegen den Wahlvorschlag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Wahlkreis Süd-Hannovers-Braunschweig keine dieser Klein-Stimmen wurde gezählt. Sie wurden von dem nationalsozialistischen Wahlvorstand in den Papierkorb des Wahlraums geworfen. Die Beauftragten des Reichsfänglers gingen so schamlos vor, daß sie ihr Tun nicht einmal verbergen. Als Sozialdemokraten, die mit Klein gestimmt hatten, hörten, daß keine Klein-Stimmen abgegeben worden seien, gingen sie in das Wahllokal, wo inzwischen der parteiliche Wahlvorstand sich entfernt hatte und sanden dort ihre Stimmzettel und Wahlurkunden im Papierkorb. Obwohl es sich meist um Wahlleiterverhältnisse handelte, brachten sie durch eine Sammlung doch soviel zusammen, um einen der übrigen als Kurier zur „Deutschen Freiheit“ zu entsenden. Dieser Freund hat uns die neuen Beweise für die Wahlfälschung zu all den übrigen gebracht. Wir alle sind ihm für seinen Mut zu Dank verpflichtet. Man male sich aus, was ihm zugestoßen wäre, wenn man ihn mit seinem Paket Klein-Stimmen auf der Reise gefaßt hätte. Man hätte ihn zu Tode geprügelt. Er ist inzwischen in seinem Heimort wieder angelangt. Mit der Veröffentlichung mußten wir warten, bis sich der tapfere Kamerad wieder in Sicherheit befand.

So also wurde in Hannover gefälscht, und das ist ein verhältnismäßig fortgeschrittener Bezirk. Man mag nun ermaßen, wie es dort war, wo die Partei des Reichsfänglers keinerlei Kontrolle zu erwarten hatte.

Die Wahlen sind ein einziger Betrug. Die Reichstagsabgeordneten sind Träger und Aufhänger einer Fälschung. Das Reichsministerium thronet auf der Höhe einer politischen Korruption, die ohne Beispiel ist und deren Gestalt die ganze Welt erschauert. Der Reichspräsident, der zur Wahrung der Reichsverfassung berufen ist, duldet die Terrorisierung und die Entrechtung des deutschen Volkes, dessen große Mehrheit den gigantischen Betrug längst erkannt hat und nur durch Gewalt niedergehalten wird.

Wir sprechen dem Reichstag der Wahlfälschung jedes Recht zur Gesetzgebung ab. Wir erklären, daß die Reichsregierung und der Reichspräsident als Schuldige an hundertfachen Verfassungsbrüchen nicht das Recht besitzen, gültige Unterschriften zu leisten. Sie gehören samt und sonders vor einen Reichsgerichtshof.

Wir wissen sehr wohl, daß unser Protest einwirken nicht wirksam werden kann. Noch haben die andern die Macht und Mißbrauch sie. Das Recht des deutschen Volkes aber bleibt

und wird nicht verjähren. Wir bengen uns nicht dem Terror und mit uns stehen schon viele Millionen Deutsche. Die werden richten und rächen, und aus diesem Deutschland der Schande dennoch ein Reich freier Gemeinschaft errichten.

Noch ein Dokument

Als Beweis dafür, wie die Wahlvorstände rein parteimäßig zusammengestellt wurden, veröffentlichen wir folgenden Brief:

Walter Hille Berlin W. 50, Marburger Str. 7
4. November 1933

An die
REDAKT.
Druckgruppe Tauenhien

Hierdurch teile ich mit, daß ich für den 12. November 1933 als Abstimmungsleiter für den 16. Stimmbezirk Charlottenburg, Restaurant Grevens, Augsburger Straße 25, ernannt worden bin. Mein Vertreter ist Pa. Pasche, Rantestraße 28.

Nachstehende Paa. habe ich aufgestellt als Schriftführer: Max Schneider, Rantestr. 29, als vert. Schriftführer: Paul Dietrich, Marburger Str. 7, Beisitzer: Heinz Hoge, Rantestr. 29, Erwin Rieter, Marburger Straße 6, Hans Reuter, Marburger Straße 7, R. Klemm, Marburger Straße 8, Andre Niedermeyer, Augsburger Straße, Karl Mittag, Augsburger Straße 44, Max Walling, Marburger Straße 6, Ramin, Ansbacher Straße 19.

Heil Hitler!

Sachsenburg voran!

Das Lager Sachsenburg hat unter den Konzentrationslagern des „dritten Reichs“ schon immer eine Sonderstellung eingenommen. Die Behandlung der Gefangenen war dort weniger brutal als in anderen Lagern. Menschenwürde und Menschenrecht der Gefangenen wurden dort nicht so barbarisch mit Füßen getreten wie sonst fast überall. So konnte sich auch das Unwahrscheinliche ereignen, daß es am 12. November in Sachsenburg eine richtig geheime Wahlhandlung gab, die von den Häftlingen kontrolliert wurde. Das Ergebnis war

516 Klein und 400 Ja.

Zu diesen 400 Ja-Stimmen gehören offenbar die meisten Stimmen der Lagerwache, die eine Stärke von ungefähr 300 Mann hat. Die Belegschaft des Lagers zählte 750 Mann, wovon etwa 100 unter 20 Jahre alt, also nicht wahlberechtigt waren.

Daß das Wahlergebnis mit seiner klaren Mehrheit gegen Hitler wie ein Donnererschlag wirkte, versteht sich von selbst. Augenblicklich lebte ein strengeres Regime ein, ein Rauchverbot und ein Spielverbot waren die ersten Strafen, die über die Gefangenen verhängt wurden, weil sie es mit ihren Staatsbürgerrechten ernst genommen hatten.

Deute ist ganz Deutschland ein Konzentrationslager. Aber ein Konzentrationslager nicht wie Sachsenburg, sondern wie Dachau und Börgermoor. Wie die Abstimmung ausgefallen wäre, wenn die Deutschen noch ein freies Volk wären, zeigt trotz alledem Sachsenburg.

„Fre'e Wahl“

Durch die Strafen des Dorfes Puppen (Kreis Ortelburg) wurden am vorigen Sonntag zwei Leute geführt, die auf der Brust und auf dem Rücken große Plakate trugen mit der weithin leserlichen Aufschrift: „Ich habe aus Niedertracht nicht gewählt.“ Ein Trommler ging dem Zuge voraus. Einer der Angeprangeren, den man am Wahltag mit dem Aufwurf hatte zur Wahlurne holen wollen, hatte sich brav gezeigt. seiner Staatsbürgerpflicht Genüge zu tun. Der andere hatte sich das Ja-Abschreiben nicht antueßen lassen, obwohl man es ihm unentgeltlich angeboten hatte.

Major a. D. Pabst über die „Wahl“

Der aus vielen politischen Affären bekannte Major a. D. Pabst äußerte in einer Geheimen Rührerbefragung des Stahlhelms, der er beimohnte, über die Reichstagswahl folgendes: „Die Wahl ist eine ungeheure Farce. Da werden

Fortsetzung Seite 2

Massenhinrichtung

Das Blut der Opfer komme über Hitler und Göring!

Röln, 30. Nov. Im Gefängnis Rön-Atingelpäh sind heute vormittag um 7.00 Uhr die zum Tode verurteilten Otto Böler, Hermann Hamacher, Bernhard Wilms, Heinrich Dorst, Josef Moritz und Josef Engel, alle aus Rön, hingerichtet worden. Das Urteil war am 22. Juli d. J. vom Schwurgericht Rön wegen Mordes bzw. Anklage zum Mord an den SA-Männern Walter Spangenberg und Winterberg gesprochen worden.

Priester verhaftet

Katholiken-Verfolgungen

München, 30. Nov. Die bayerische politische Polizei teilt mit:

Der bayerischen politischen Polizei war von mehreren Seiten gemeldet worden, daß von einigen katholischen Geistlichen in München ungläubige Grenzmeldungen über angebliche Vorkommnisse im Konzentrationslager Dachau verbreitet werden in der offenkundigen Absicht, Empörung und Unruhe zu erregen. Die bayerische politische Polizei hat in Verfolg ihrer Bestrebungen, den durch den Abschluß des Kontrats angestrebten Religionsfrieden zu wahren, die notwendigen Erhebungen durchgeführt, in deren Verlauf die Festnahme von mehreren Geistlichen unerlässlich war. Die Festnahmen erfolgten nach Zählungnahme mit der Staatsanwaltschaft. Die unwarren Erzählungen gingen von dem ehemaligen Bayerischen Volkspartei-Stadtsrat Stadtpfarrer Dr. Emil Wähler aus, der ebenfalls festgenommen wurde. Strafanzeige ist erstattet. Weitere Erhebungen sind noch im Gange.

Stalin und Roosevelt

Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und der Sowjetunion ist ein Ereignis von welt-politischer Bedeutung. Die meisten andern Großmächte haben allerdings die Anerkennung Sowjetrußlands längst, vor mehreren Jahren, vollzogen; auf der anderen Seite gibt es noch immer eine Reihe von Staaten, die auch heute noch keine formellen diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion unterhalten. Aber gerade daß die Anerkennung durch Amerika so spät, und daß sie im jetzigen Zeitpunkt geschieht, kennzeichnet und erhöht ihre Bedeutung.

Ein Umstand gibt ihr im gegenwärtigen Augenblick besonderes politisches Gewicht: die Lage im Fernen Osten. Der Vorstoß des japanischen Imperialismus hat an der Grenze der Sowjetunion eine gefährliche Spannung erzeugt. Der stürmische Ausdehnungsdrang des imperialistischen Japan stößt in seinem Ausdehnungsgebiet an zwei Grenzen auf zwei Gegner: im Norden und Westen der jetzt japanischen Mandchurei an Sowjetrußland, im Süden und Osten, das heißt im Stillen Ozean, den Japan als seine Einflusssphäre betrachtet, auf die Vereinigten Staaten. Der japanische Generalstab weiß genau, daß, wenn er zur Auseinandersetzung mit Amerika, die er für unausweichlich hält, gerüstet sein will, er vorher China beschwichtigt und Rußland gebunden oder besiegt haben muß; dies um so mehr, als Erdölager und Kohlengruben, die er zum Kriegführen braucht, sich heute in russischem Besitz befinden. Unter diesen Umständen ist die Verständigung der beiden Gegner Japans eine ernste Warnung an die japanischen Militaristen; unklar ist nur, welche Wirkung diese Warnung haben wird. Es ist möglich, daß sie die japanischen Eroberungsgefühle dämpft. Es ist freilich auch nicht ausgeschlossen, daß sie den japanischen Generalen den Gedanken nahelegt, erst recht rasch über Rußland her-zufallen. Denn die Anerkennung Rußlands durch Amerika bedeutet noch keineswegs ein Bündnis; und die Vereinigten Staaten, die heute vollauf mit Roosevelts großem

Experiment zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise beschäftigt sind, denken nicht an einen Krieg. Um so eifriger denkt Japan daran, mit Russland fertig zu werden, ehe die russisch-amerikanische Freundschaft Fortschritte macht, ist ein Wunsch, der möglicherweise den glimmenden Brand im Fernen Osten erst recht entfacht.

Russland wünscht nichts weniger als den Krieg. Ebenso wie die Vereinigten Staaten, ist auch die Sowjetunion gegenwärtig mehr als je mit ihrer Wirtschaft beschäftigt. In seinem gewaltigen Ringen um den Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung hat Russland gerade mit Amerika seit langem wichtige wirtschaftliche Beziehungen. Amerikanische Wirtschaftswissenschaft, amerikanische Technik und amerikanisches Tempo waren zu gewissen Zeiten geradezu Russlands Vorbild: die „neue Sachlichkeit“ der bolschewistischen Industrieponiere bezog aus der Rusik des amerikanischen Maschinenbaues einen Teil ihres Rhythmus. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern befestigt und legalisiert nunmehr Verbindungen, die auf wirtschaftlichem Gebiet seit langem bestanden.

Freilich, welsch ein Gegensatz zwischen den beiden Ländern! Hier ein Reichenreich auf primitiver, überwiegend bäuerlicher Wirtschaftstufe, das den gigantischen Versuch unternimmt, durch planmäßig angetriebene Industrialisierung und gleichzeitig durch die Kollektivisierung der Landwirtschaft den Kapitalismus nicht nur einzuholen, sondern zu überholen. Dort ein Land, in dem der Kapitalismus, unbeschwert durch feudale Vergangenheit, aus der Bollkraft und dem Reichtum eines ganzen Kontinents schöpfend, zu einem Mammutgebilde emporgewachsen ist, das stolz und stürmisch auf seine Macht und seine Vollkommenheit pocht. Aber gerade in diesem Widerspruch offenbarte sich etwas wie eine Ähnlichkeit der äußersten Gegensätze. In Russland baute man ebenso fanatisch Maschinen wie in Amerika. In Russland ging der amerikanische Motorflug ebenso stürmisch über unendliches Gelände wie in der amerikanischen Weizenprarie, wo er später ins Stocken geriet. Nur: Russland glaubt an den Sozialismus — Amerika glaubt an den Profit. In Amerika war der Kapitalismus, war der Glaube an den Wohlstand des Volkes, den nur der Kapitalismus zu verbürgen vermöge, ebenso Massenreligion wie der russische Bolschewismus. Darum hat Amerika, die Vormacht der kapitalistischen Welt, am längsten von allen Großmächten gezögert, Russland anzuerkennen: in Amerika fühlte sich der Kapitalismus am stärksten. Darum hat kein Land solcher Kulturstufe den Bolschewismus grimmiger gehaßt als die Vereinigten Staaten: dem Amerikaner erschien er nicht nur als politisches Verbrechen, sondern als Irrensin, als unmoralische Auflehnung gegen die stittliche Ordnung der Welt.

Dann aber kam die Krise, die den Kapitalismus nirgends heftiger traf als dort, wo er sich am unangreifbarsten wähnte: in Amerika. Sie schlug ihn härter als anderswo: denn sie zerstörte den Glauben der Menschen an ihn. So wurde bei der letzten amerikanischen Präsidentschaftswahl Hoover, der Herold des hundertprozentigen Kapitalismus, schmachvoll geschlagen. So wurde Roosevelt gewählt, der mit beispielloser Kühnheit unternahm, was vor wenigen Jahren in Amerika noch jeden, der es gewagt hätte, ins Zuchthaus oder ins Irrenhaus gebracht hätte: die heilige Ordnung des Kapitalismus anzutasten; die Freiheit des Unternehmers zu beschränken, den Kapitalismus zu kontrollieren, die Götter und Götzen der kapitalistischen Welt, den Preis, den Profit, ja selbst den Wert des Geldes der staatlichen Regelung zu unterwerfen. Freilich, wir wissen und Roosevelt wird es erfahren: Regelung allein rettet den Kapitalismus nicht. Nicht ihn Gesezen zu unterwerfen, sondern nur seine Geseze selbst aufzuheben, vermöchte die Krise des Kapitalismus wirklich zu bannen; aber das magt keine kapitalistische Regierung, und darum wird Roosevelts Versuch wenn nicht scheitern, so doch nur höchst unzulänglich gelingen. Immerhin: die geistige, die moralische Allmacht des Kapitalismus in Amerika ist erschüttert. In diesem großen geschichtlichen Geschehen, in dieser Entwicklung des mächtigsten kapitalistischen Staates vom Kapitalismus weg — in diesem Prozeß ist die Ausföhnung Amerikas mit dem bolschewistischen Russland ein Symptom.

Luft-Wettrüsten

Der britische Luftfahrtminister kündigt große Verstärkung der Luftflotte an

London, 29. Nov. Im Oberhaus fragte heute nachmittags der Herzog von Sutherland, ob die britische Regierung eine Erklärung abgeben könne, die die britische Stärke in der Luft im gegenwärtigen Zeitpunkt darlegt, sowie die britische Stärke im Verhältnis zu der der anderen europäischen Mächte, und ob die Regierung beabsichtige, angesichts der bestehenden internationalen Lage die britische Luftstärke zu erhöhen. Diefelbe Frage wird heute abend auch im Unterhaus erörtert werden.

Der Herzog von Sutherland führte u. a. aus, wenn London zerstört würde, so werde auch England zerstört werden. Frankreich und Deutschland könnten ohne ihre Hauptstädte dagegen weiterleben. Großbritannien habe seit dem Kriege seinen Luftetat um 8 Prozent verringert, während Frankreich den seinigen um 112 Prozent erhöht habe und die Vereinigten Staaten um 108 Prozent. Deutschland besitze die raschesten Handelsflugzeuge der Welt. Alle müßten darauf hinarbeiten, einen neuen Krieg zu verhindern; aber sollte ein neuer Krieg kommen, so dürfte England wenigstens nicht hilflos sein.

Auch der konservative Abgeordnete Lord Lloyd ersuchte um die endgültige Zusicherung, daß die britische Regierung entschlossen sei, eine Heimaufschußkraft von genügender Stärke zu haben, um Großbritannien zu verteidigen.

Der Führer der Arbeiteropposition, Lord Ponsonby, bemerkte in seiner Rede, es würde bedauerlich sein, wenn die europäische Neutralität im gegenwärtigen Zeitpunkt ihre Luftstreitkräfte erhöhe.

Luftfahrtminister Lord Dunsford, der für die Regierung antwortete, erklärte, Großbritannien besitze eine bemerkenswert wirksame Luftstreitkraft für die Verteidigung. England sei Ende des Krieges die erste Luftmacht der Welt gewesen, während es jetzt an fünfter Stelle stehe. Frankreich besitze

Der Reichstagssschwindel beginnt

Fortsetzung von Seite 1

einfach Ja-Stimmen dazu und Nein-Stimmen weggehan, das machen die Brüder doch ganz wie es ihnen paßt. Das weiß doch das Ausland ganz genau. Ich habe auch schon mal solche Abstimmungen gemacht."

Die Toten übers Wahleresultat

Die Deutsche Metallarbeiter-Zeitung (Nr. 47) teilt mit, was die Toten übers Wahleresultat sagen:

„Der Tote erwacht,
Denkt an die Opfer,
Die er gebracht.
Er steht uns und spricht:
Ihr lebt in Ehre,
Wehr will ich nicht!"

Und was soll denn schließlich aus ein Toter noch wollen. Sollten übrigens die Belegkassen der Friedhöfe auch als Ja-Stimmen gezählt worden sein?

„Die Wahl ist geheim“

In Sendlingen (Württemberg) wurde ein Mann verhaftet, der einen Wahlzettel abgegeben hatte, auf dem sich einige „Schmeißelbaste“ Bemerkungen für die Hitler-Regierung befanden. Der Stimmzettel war fotografiert und der Urheber durch Schriftvergleiche ermittelt worden.

Die Rache für die Nein-Sager!

Lübeck, 29. Nov. Eine 40 Mann starke Gruppe von einstufigen Mittelsternern der früheren R.V.D. ist festgenommen worden. Die Verhafteten haben vor und nach der Wahl vom 12. November 1933 eine rührige Agitation betrieben.

Kirchenkampf aller gegen alle Konflikt mit dem Heiligen Stuhl um die Sterilisierung

Der Rücktritt des „deutschen Christen“ Hossensfelder von seinem Amt als Führer der Bewegung und seiner Demission als Bischof von Brandenburg war, wie wir gestern schon schrieben, nichts weniger als ein Zeichen innerer Verfassung im Reiche der evangelischen Kirche. Man erzählt, daß der Oberkirchenrat eine Rundgebung der Opposition, die sich im Pfarrer-Rotbund vereinigt hat, im letzten Augenblick verboten hat. Trotzdem haben stark beunruhigte Zusammenkünfte stattgefunden. In der Singalademie und in der lutherischen Nikolaiskirche forderten zehntausend Teilnehmer in einer Entschließung den Schutz der überlieferten Doktrin in voller Reinheit. Um sich nicht in die Gefahr zu begeben, als „staatsfeindlich“ gebrandmarkt zu werden, betonten sie gleichzeitig ihre Treue zu Hitler und zum Nationalsozialismus.

Unter dem Eindruck dieses Kampfes aller gegen alle hat nicht nur der bisherige Bischof Hossensfelder, sondern das gesamte sogenannte Geistliche Ministerium der deutschen evangelischen Kirche seinen Rücktritt erklärt. Der Reichsbischof hat den Rücktritt angenommen und die Herren gleichzeitig gebeten, ihre Ämter bis auf weiteres auszuüben. Tag und Nacht finden Konferenzen statt. Außer dem Gelöbniß der Treue zu Hitler vermeldet es der Reichsbischof Müller, klare Entschlüsse zu fassen, da er jeden sicheren Boden unter den Füßen verliert und nach allen Seiten hin beschwichtigen muß. Angeblich will Müller versuchen, Hitler zu einer klaren Stellungnahme zu bewegen. Diese ist aber nicht zu erreichen. Hitler ist schließlich Katholik und hat keine inneren Beziehungen und Bindkräfte zum Protestantismus altpreussischer Prägung.

Er hat genug zu tun, um mit dem Vatikan zu einer Verständigung zu gelangen. Die Spannung zwischen Vatikan und Hitler-Deutschland ist wieder gewachsen. Nach einer Reuters-Meldung erhebt der Heilige Stuhl nach wie vor

Einpruch gegen das Sterilisierungsgesetz

das grundlegend gegen die Kirchenlehre verstoße. „Dietatore Romano“, das amtliche Organ des Heiligen Stuhls, stellt auf Grund zahlreicher Zitate fest, daß das Vererbungsproblem wissenschaftlich ungeklärt sei. Sicher sei nur, daß die

1550 Flugzeuge, Sowjetrußland 1800—1500, die Vereinigten Staaten 1000—1100, Italien über 1000, Großbritannien dagegen nur 750 Maschinen. Großbritannien müsse die Politik einseitiger Abrüstung aufgeben. Der Ernst des Wunsches der britischen Regierung, Abrüstung in der Luft zu erreichen, sei durch ihre Behandlung dieses Problems zum Ueberflus erwiesen worden. Es scheine nun, daß es Nationen gebe, die nicht bereit seien, der Abschaffung der Flotten- und Militärstreitkräfte zuzustimmen. Wenn die Parität nicht durch Herabsetzung erreicht werden könne, müsse der entgegengesetzte Plan folgen. Die britische Regierung würde keine Wahl haben, als zu beginnen aufzubauen, während sie gleichzeitig ihre Anstrengungen fortsetze, ein Uebereinkommen durch Festlegung der Parität auf dem niedrigsten Niveau zu erreichen, dem die anderen Nationen zustimmen wollen. Der Präsident der Vereinigten Staaten habe eine Erhöhung der amerikanischen Luftkräfte bewilligt. Japan und Sowjetrußland hätten ein großes Programm zur Erhöhung der ihren begonnen. Diese Regierungen verursachten ernste Besorgnis. Er könne dem Hause versichern, daß die Regierung ihre Aufmerksamkeit der unvermeidlichen Reaktion auf die britische Politik widme. Die gegenwärtige relative Schwäche Großbritanniens in der Luft dürfe nicht weiter fortbauern.

Eden pessimistisch

London, 30. Nov. In einer Rede sagte heute Staatssekretär Eden, in Europa besterhe gegenwärtig ein Problem alle anderen: das der Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn. Wenn wir auch die Gesichtspunkte des Versuchs zur Wiederveröhnung begreifen, erklärte er, so bleibt das Problem doch außerordentlich schwierig. Wir können die Bemühungen um eine Einigung unterstützen, aber nicht zur Einigung zwingen.

„Gefährdung des Gemeinwohls“

Die Preissteigerungen

Berlin, 29. Nov. Der Reichswirtschaftsminister hat bereits in seinem Erlass an die Spitzenverbände vom 30. August und erneut im Oktober d. J. in der Öffentlichkeit eindringlich die Wirtschaft ermahnt, die Maßnahmen der Reichsregierung zur Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbefehung nicht durch Preissteigerungen zu gefährden. In Verfolg dessen ist er gegen Maßnahmen von Verbänden, durch die Preise erhöht worden sind, in einer Reihe von Fällen eingeschritten, um die Preise wieder auf den früheren Stand zurückzuführen. Soweit einzelne Wirtschaftszweige dem Verlangen der Reichsregierung auf Preisbeibehaltung des alten Preisstandes nicht entsprochen haben, beabsichtigt der Reichswirtschaftsminister mit den schärfsten Mitteln vorzugehen. Er hat bereits die Marktregulierung eines Verbandes für nichtig erklärt und hat weiter heute die marktregulierenden Verbände für Messingrohre, Schnellautomatenhahnen, geschweißte Stahlrohre, Kohlebürsten, Schleifmittel, gewisse Sorten von Dachpappe, erlaubt, die Preissteigerungen binnen kürzester Frist rückgängig zu machen, andernfalls er schärfere Maßnahmen, die unter Umständen bis zur Aufhebung der Marktregulierung gehen werden, ergreifen wird. Das für die Warenpreise gilt, muß auch für die Preise für handwerkliche und sonstige gewerbliche Leistungen gelten. Der Reichswirtschaftsminister hat sich entschlossen, ein Verbindungsstatut der Bauwirtschaft wegen Gefährdung des Gemeinwohls für nichtig zu erklären, da bei einer Regelung den an der Verbindung Beteiligten durch das Kartell übersehene Preise vorgeschrieben und die Geheimhaltung der Vereinbarung zur Pflicht gemacht worden war.

Auf Mitteljaya wurde eine Verschwörung zur Ermordung der Europäer, die unter religiösem Deckmantel arbeitete, aufgedeckt. Drei Führer der Organisation wurden verhaftet.

Eugenik in der von Deutschland geplanten Weise durch päpstliches Gesez verboten sei. Sterilisierung sei gegenüber einem Tiere unbedenklich. Nicht aber bei dem Menschen, der ein Gewissen und eine Seele besitze. Inzwischen ist im Sinne dieser Anschauung eine Anweisung an die Kirchenbehörden in Deutschland ergangen, scharfen Einspruch gegen die Anwendung des Sterilisierungsgesezes einzulegen. Hier dürfe es kein Kompromiß geben. Katholische Aerzten sei es unter keinen Umständen erlaubt, eine derartige Operation vorzunehmen. Katholische Krankenpfleger und Assistenten dürften dabei nicht mitwirken.

Bekanntlich soll das neue deutsche Gesez am 1. Januar 1934 in Kraft treten. Es fordert die Unfruchtbarmachung Geistesschwacher, Blinder, Tauber, Stummer, Epileptiker und anderer Personen, bei denen die Gefahr besteht, daß sie ihre körperlichen Uebel auf ihre Nachkommenheit über-



Bischof Hossensfelder, Reichsleiter der Glaubensbewegung Deutscher Christen teilt seinen Rücktritt aus dem evangelischen Kirchenministerium mit.

tragen könnten. Hier liegt ein Konflikt grundsätzlicher Natur vor, dessen Lösung nicht abzusehen ist. Der „totale Staat“ fordert das Recht über Leben und Tod seiner Untertanen, beansprucht also auch den „totalen“ Menschen. Die katholische Kirche muß im Gegensatz dazu die Gewissensentscheidung gegenüber dem lebendigen Menschen beanspruchen, wenn sie sich nicht selbst preisgeben will.

Inzwischen wachsen in gewissen Nazikreisen antikerkliche Bestrebungen. Jene Personen, die am liebsten eine deutsche Einheits- und Staatskirche gründen möchten, sind beargwünlich mit dem Konkordat sehr unzufrieden. In München hat sich bereits ein Verein zur Bekämpfung des Konkordats gebildet, dessen Vorsitzender ein bayerischer Staatsminister ist. Diese Dinge erregen in katholischen Kreisen wachsende Erbitterung. Trotz aller Verhandlungen in Rom haben die katholischen Organisationen das beschlossene Verbandsvermögen noch nicht zurückerhalten. Noch immer sitzen Führer der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums teils in Schutzhaft, teils im Konzentrationslager. Die großen Prozesse, die gegen Dirlikofer, dann gegen den früheren Reichskanzler Marx und Professor Tessauer im Zusammenhang mit dem katholischen Volksverein München-Bladbach angezettelt werden, lassen erkennen, daß der große Racheheld gegen einflussreiche Führer im Lager des Katholizismus weitergehen soll.

Das Neueste

Paris, 29. Nov. Außenminister Paul Boncour hat dem Volkshater des Deutschen Reiches wegen der kommunistischen Demonstration vor der deutschen Volkshaus sein Bedauern zum Ausdruck bringen lassen.

Von den 18 Kommunisten, die wegen Demonstration vor der deutschen Volkshaus verhaftet worden sind, wurden neun nach Freifassung ihrer Personalien wieder freigelassen. Die übrigen sind wegen verdächtigem Waffentragen bzw. ungenügender Ausweise in Haft behalten worden.

Mittwoch abend fuhr bei Compiegne ein Personenzug in die Kaserne zurück. Zwei Mann wurden auf der Stelle getötet, sieben sind schwer verletzt worden.

Die Postdirektion Wien hat bisher 60 Personen wegen angeblicher österreichfeindlicher Betätigung die Staatsbürgerschaft entzogen.

Nach dreimonatiger Unterluchung mußte das Verfahren gegen die deutsche Verkehrsarbeitergewerkschaft in Wien, die als getarnte nationalsozialistische Organisation der Bundesbahnangehörigen bezeichnet wurde, eingestellt werden, da kein Anlaß zur Beanstandung vorlag.

Dimitroff unermüdetlich

Seine Fragen als Schrecken des Gerichts

Was unterschlagen wird

Seit einigen Tagen lassen die gleichgeschalteten Berichte erkennen, daß die Reichsregierung den politischen Teil des Leipziger Prozesses noch mehr fürchtet als die verurteilten Verhandlungen über die Brandstiftung. Insbesondere die unerbittlichen und schneidigen Offenstöße Dimitroffs werden dem deutschen Volke unterschlagen.

Dimitroff stellte die Frage, ob die nationalsozialistische Führung an der Jahreswende 1932 und 1933 der Regierung schlechter mit einem bewaffneten Aufmarsch gedroht habe. Der Vorsitzende Bünger erwidert kühn, daß das nicht zur Sache gehöre. Allerdings bittet der Oberreichsanwalt, die Frage zuzulassen, damit nicht falsche Schlüsse in der Öffentlichkeit gezogen werden. Selbstverständlich weiß der kleine Kriminalrat, an den die hochpolitische Frage gerichtet wird, nichts zu antworten.

Dimitroff fragt nun, ob nicht Anfang 1933 die Gefahr einer unmittelbaren gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen den Nationalsozialisten und den Angehörigen des Reiches bestand habe, hängern Sedles, Papens und Hugenbergs bestanden habe, der Senat beschließt, diese entscheidende Frage als nicht zur Sache gehörig abzulehnen. Dimitroff läßt nicht locker. Er beantragt, die früheren Reichskanzler Brüning, Schleicher und Papen und den ehemaligen Reichsminister Dr. Hugenberg als Zeugen zu beladen. Sie sollen über die unbeantwortete den Prozeß beherrschende Frage gehört werden, wer ein Interesse an der Brandstiftung hatte. Das Gericht weist selbstverständlich auch diesen Antrag Dimitroffs ab. Dasselbe Schicksal erleidet seine Forderung, den Kommunistenführer Thälmann zu hören. Der Oberreichsanwalt wirft ein, Thälmann sei ein ungeeigneter Zeuge, weil gegen ihn ein Verfahren wegen Hochverrats schwebt. Der schlagfertige Dialektiker Dimitroff setzt den Oberreichsanwalt sofort matt mit der Feststellung, daß unter den 237 von dem Oberreichsanwalt selbst geladenen Zeugen mehrere waren, die wegen Hochverrats in Untersuchungshaft saßen. Macht nichts. Das Gericht verzichtet auf Thälmann. Dafür hat es kriminelle Lumpen der verschiedensten Art über Ziele und Strategie der KPD gehört.

Torgler nimmt den Herrn Kriminalrat Heller von der anderen Seite in die Zange. Dieser Polizeimann hat unter seinem Eid verschwiegen, daß nicht nur zahlreiche kommunistische Terrorfälle, sondern auch viele, wahrscheinlich noch mehr nationalsozialistische Terrorakte vorliegen, und so manche kommunistische Ausschreitungen in der Verteidigung und in der Rotwehr begangen worden sind.

Torgler fragte den Zeugen, ob ihm bekannt sei, daß in Königsberg im November 1932 zwei bekannte Kommunistenführer auf der Straße erschossen worden seien und daß in jenen Tagen in Ostpreußen im ganzen 70 Kommunisten von den politischen Gegnern ermordet wurden, was den damaligen Kanzler von Papen bewog, Oberregierungsrat Diels mit einer besonderen Untersuchung zu beauftragen.

Der Zeuge kann sich nicht erinnern. Torgler stellt fest, daß er dies wissen mußte.

Dimitroff erwähnt, vom Präsidenten wieder zur Ruhe gemahnt, nationalsozialistische Bombenanschläge in Ostpreußen.

Der Zeuge weiß nichts davon. „Merkwürdig, wie schlecht jedesmal das Gedächtnis des Zeugen wird, wenn Nationalsozialisten die Schuldigen sind,“ bemerkt Dimitroff, was ihm wieder eine Rüge des Vorsitzenden einträgt.

Ein weiterer Zeuge, Kriminalsekretär Mallauch aus der Grenzmark (Posen), bekundet, daß anfangs 1933 eine erhöhte Tätigkeit auf dem Gebiete der Zerlegung der Reichswehr zu beobachten war. Wenn es nicht zum Aufstand gekommen sei, erklärte der Zeuge, so nur wegen der Maßnahmen der Reichsregierung.

Reschiedene Fragen Dimitroffs nach nationalsozialistischen Ueberfällen auf kommunistische Versammlungen, Zusammenstößen mit Stahlhelm usw. wurden vom Präsidenten abgelehnt. Der Angeklagte fragt den Zeugen, wie er den am 30. Januar vom preußischen Ministerpräsidenten Göring gegebenen Befehl zur Einleitung des Feldzuges gegen die KPD zur Ausführung gebracht habe.

Der Zeuge kann sich an diese Weisung nicht erinnern.

„Sie haben also den Befehl von Herrn Göring gar nicht ausgeführt,“ konstatiert Dimitroff. (Seiterkeit.)

„Giftkolonnen“

Leipzig, 20. Nov. In der heutigen Sitzung des Reichstagsbrandprozesses legt zunächst Kriminalsekretär Prosig aus Düsseldorf seine gestern abgedruckte Aussage vor. Er verliest eine Reihe von Zeitungsartikeln, deren Inhalt im wesentlichen aus den Befundungen des Kriminalrats Heller schon bekannt ist. Daß die kommunistische Partei mit allen Mitteln den gewaltsamen Umsturz durchzuführen wollte, wird, betont der Zeuge, auch dadurch bewiesen, daß in Düsseldorf eine Giftkolonne gebildet worden war, die den Aufstand hatte, das Essen in den SA-Küchen bei einem evtl. Aufstand zu vergiften.

Die beschlagnahmten Giftmengen hätten nach dem Gutachten der Sachverständigen ausgereicht, um 18.000 Menschen zu vergiften. Wegen der Beteiligten ist Anklage wegen verübten Massenmordes erhoben worden. Der Zeuge berichtet ferner über eine Geheimtätigkeit in Düsseldorf, in der erschossen wurde, den Sekretär der SPD, in Düsseldorf zu erschließen und die Erschießung dann den Nationalsozialisten in die Schuhe zu schieben. Der Täter wurde in der Versammlung ausgetost.

Auf Fragen des Reichsgerichtsrates Dr. Goenders antwortete der Zeuge, es sei allgemein davon gesprochen worden, daß der gesamte kommunistische Aufstand in der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes beginnen sollte.

Dimitroffs unbequeme Fragen

Der Angeklagte Dimitroff stellt wieder einige Fragen, die der Vorsitzende jedoch ablehnt. Dimitroff erklärt dann, für den gesunden Menschenverstand sei es unmöglich zu glauben, daß Kommunisten SA-Küchen vergiften wollten. Das sei ausgeschlossen und absurd.

Der Zeuge erwidert darauf: Am 28. Februar 1933 wurde das Gift beschlagnahmt. Ein kommunistischer Galvaniseur hatte es in dem Betrieb gehalten, in dem er beschäftigt war. Der Mann war früher Bezirksleiter des Spartakusbundes im Bezirk Niederrhein. Bei ihm fand man Mittelglieder ausweise der KPD, der Roten Hilfe, des RFB usw. Die Akten darüber sind beim Reichsgericht. Der Vorsitzende bemerkt, daß sich der Senat die Akten werde geben lassen.

Der Angeklagte Dimitroff richtet aber wiederum eine Fülle von Fragen an sämtliche Kriminalbeamten. Nach kurzer Beratung des Senates teilt der Vorsitzende mit, daß die Fragen Dimitroffs als unangebracht und nicht zur Sache gehörig zurückgewiesen werden. Nur eine einzige Frage Dimitroffs, welche Gründe für die Verhaftungen nach dem Reichstagsbrand angegeben worden seien, wird vom Senat zugelassen.

„Vollkommen erklärt“

Die Polizeizeugen äußern sich der Reihe nach zu dieser Frage. Als Kriminalrat Dr. Heller erklärt, nach seiner langjährigen Erfahrung hätten nicht die Kommunisten die Schuld an den Zusammenstößen getragen, unterbricht der Angeklagte Torgler den Zeugen mit „beleidigenden“ Bemerkungen, die der Vorsitzende energisch zurückweist.

Zu den Verhaftungen nach dem Reichstagsbrand erklärt Kriminalrat Heller, der Zweck der Verhaftung der kommunistischen Funktionäre habe darin gelegen, die Waffenführung zu machen und allgemein vorbeugend zu wirken, um Gewaltmaßnahmen von vornherein zu unterbinden. Die anderen Kriminalbeamten äußern sich ähnlich. Als sich Dimitroff damit nicht zufrieden gibt, betont der Vorsitzende energisch, die Polizei und die Behörden hätten allgemein die Auffassung gehabt, daß ein kommunistischer Aufstand kommen würde. Damit seien die Festnahmen vollkommen erklärt.

Der Oberreichsanwalt hat Angst

Nach einer Mittagspause legt der Angeklagte Dimitroff einen neuen Beweisanspruch vor. Als der Oberreichsanwalt bittet, diesen Antrag als unerbittlich abzulehnen, wirft Dimitroff dem Oberreichsanwalt vor, er habe Angst vor seiner Frage. Der Oberreichsanwalt erlucht, diese Unterstellung, daß er aus Angst die Ablehnung des Antrages verlange, zurückzuweisen. Er handele lediglich aus sachlichen Erwägungen. Der Vorsitzende bezeichnet Dimitroffs Verhalten als grobe Ungehörigkeit. Der Senat beschließt sofort die Ablehnung des Beweisanspruches.

Tragödie des Illegalen

Ein Zwischenfall ereignete sich in einer Verhandlung vor dem Berliner Schöffengericht, in der sich der 26 Jahre alte Herbert Bogdan wegen Körperverletzung zu verantworten hatte. Der Angeklagte, der schon einmal im Zusammenhang mit einer politischen Schlägerei verurteilt ist, war früher Filialleiter der kommunistischen Zeitung „Die Welt am Abend“.

Am 21. Juni d. J. hatten SA-Männer den Auftrag erhalten, die Filiale der „Welt am Abend“ in Weihenstephan nach illegalen Druckschriften zu durchsuchen. Während die SA-Männer das Gebäude umstellten, betrat der Sturmführer die Räumlichkeiten und gab die Anweisung, daß sich niemand entfernen dürfe. Trotzdem versuchte Bogdan zu entkommen, wurde aber von einem SA-Mann nochmals zum Bleiben aufgefordert. Bogdan stürzte sich nun auf den SA-Mann und verriet ihm mehrere heftige Schläge ins Gesicht. Als Bogdan sich zur Flucht wandte, nahmen SA-Männer seine Verfolgung an. Der Flüchtende blieb auf wiederholten Anruf nicht stehen, so daß einer der SA-Männer in einen Stuhl auf Bogdan, der Bogdan ins Bein traf. Das Bein mußte nachher amputiert werden.

Während des Plädoyers des Staatsanwalts brach Bogdan laut weinend zusammen. Seine im Zuscherraum anwesende Schwester weinte ebenfalls so heftig, daß sie hinausgeführt werden mußte. Kurz darauf stürzte sie jedoch wieder in den Verhandlungsraum und drängte zur Anklagebank vor. Ein Justizwachmeister versuchte zwar, sie zu beruhigen und aus dem Saal zu führen. Sie setzte sich jedoch heftig zur Wehr und schlug den Beamten mehrmals ins Gesicht. Nur mit Mühe und Not gelang es dem Wachmeister, sie aus dem Saal zu entfernen. Das Gericht beschloß sofort gegen die Schwester des Angeklagten wegen Ungehörigkeit vor Gericht eine sofortige Vollstreckung des Arrestes für 24 Stunden.

Der Angeklagte Herbert Bogdan wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Deutsches „Recht“

Ein Rechtsanwalt namens Mannig hatte in der „Deutschen Jurischen Zeitung“ (Seite 1426) ausgeführt, daß Schußwaffen nur zur Abwehr kommunistischer Gewalttate verwendet werden könne. Die „Juristische Wochenschrift“ unter suchte, wohl im Zusammenhang hiermit, die Frage der richterlichen Nachprüfung von Schußwaffenbesitz. Ein Rechtsanwalt Reuber stellt fest, daß eine solche Prüfung im nationalsozialistischen Staat undenkbar ist und fährt fort: „Denn die nationalsozialistische Revolution ist selbst Rechtsquelle mit unmittelbarer Rechtswirkung.“ Damit hat auch in der Theorie Recht und Gesetz zu bestehen aufgehört.

Urlaub für SA-D'ensi

Die „Deutsche Freiheit“ hat vor kurzem den Röhmer-Urlaub mitgeteilt, in dem eine Urlaubsfrist für SA-Schulen angekündigt wurde. Nun ist der Ankündigung der Befehl gefolgt. Er lautet: „Wegen der Regelung der Einberufungen zu mehrwöchigen Lehrgängen, Nebungs- und Schulungskursen aller Art (Führerlehrgänge der NSDAP, der Deutschen Arbeitsfront, Lehrgänge des freiwilligen Arbeitsdienstes, Schulungskurse der Amtswalter und Hohensträger der politischen Organisationen, Lehrgänge der NS-Nettleidjugend und der HJ, Luftschutzkurse, Wehrsportlehrgänge u. a. m.) ist eine Fälligkeit des Reichsstandes der Deutschen Industrie mit der Reichsregierung und der Reichsarbeiterschaft aufzunehmen. Die Angelegenheit schwebt. Von ihrem Ergebnis wird hier Mitteilung gemacht werden.“

Er soll gesagt haben

Der Zeuge Kriminalsekretär Prosig (Düsseldorf) tritt dann vor. Er erklärt, er habe noch eine für den Prozeß vielleicht bedeutsame Mitteilung zu machen. Am 25. und 26. Februar d. J. hat, bekundet er, in Remscheid eine Konferenz des Kampfbundes gegen den Faschismus stattgefunden, an der ungefähr 1000 Funktionäre teilnahmen. Der Reichsleiter des Kampfbundes, Oskar Müller, soll dabei folgende Ausführungen gemacht haben:

„Wir werden uns den Tag, an dem wir los schlagen, nicht von anderen bestimmen lassen. Wir werden ihn selbst bestimmen. An dem Tage, wo wir los schlagen, werden Faschisten brennen.“

Während der Rede Müllers soll ein Kurier erschienen sein. Müller soll darauf erklärt haben, er habe äußerst wichtige Nachrichten und den Auftrag, sofort nach Berlin zurückzukehren. Der Zeuge Prosig fügt hinzu, daß Oskar Müller sich in Schußhaft befindet. Der Vorsitzende regt daraufhin an, Müller als Zeugen zu vernehmen.

Anschließend äußert sich der Untersuchungsrichter beim Reichsgericht, Landgerichtsrat Bösch, als Zeuge über die Erfahrungen, die er bei seinen zahlreichen Voruntersuchungen über die Vorbereitung eines bewaffneten kommunistischen Aufstandes gemacht hat. Auf Grund des umfangreichen Materials ist der Zeuge, wie er an gibt, zu der Ueberzeugung gekommen, daß hinter den zahlreichen kommunistischen Einzelorganisationen ein einheitlicher Wille der Parteileitung zur Organisation der Revolution stand. Bis in die kleinsten Ortsgruppen hinein, betonte der Zeuge, habe es Arbeiterwehren und Rote Wehren gegeben. Daß es sich hier nicht um harmlosen Sport handelte, ergebe sich aus Mündschreibern, in denen diese Wehren als unerläßliche Mittel für die Vorbereitung und Durchführung der Revolution bezeichnet werden. Ausdrücklich wird erklärt, daß der Bürgerkrieg der blutigste sei und keinerlei Rücksichtnahme kenne, daß die gefährlichsten Führer im Moment des bewaffneten Aufstandes sofort zu liquidieren seien. Der Zeuge erklärt, daß er sich nicht nur auf Schriftmaterial stütze, sondern daß zahlreiche Kommunisten zugegeben hätten, daß die Wehren den gewaltsamen Umsturz vorzubereiten hätten.

Landgerichtsrat Lösche weiß nichts

RA Dr. Seiffert fragt als stellvertretender Verteidiger des Angeklagten Torgler, ob dem Zeugen bei seiner langjährigen Beschäftigung mit Hochverratsverfahren der Name Torgler als Angeklagter oder Zeuge vorgekommen sei. Zeuge Lösche: Ich hätte den Namen erwähnt, wenn er bei den Dinaken, die ich hier vorgelesen habe, vorgekommen wäre. Mir ist dieser Name aber aus meiner sonstigen Tätigkeit gut bekannt. Ich habe erst vor einiger Zeit ein Flugblatt beschlagnahmt, das hochverräterische Absichten verfolgte und das den Namen Torgler trägt.

Oberreichsanwalt: Ich kann das selbe sagen; denn ich habe noch viel mehr Flugblätter beschlagnahmt.

Dimitroff wünscht eine klare Auskunft darüber, ob der Reichstagsbrand nach Auffassung des Zeugen der Aufstand zum bewaffneten Aufstand sein sollte.

Der Zeuge erwidert, in seinen Voruntersuchungen sei davon nicht die Rede gewesen. Die KPD habe auch viel zu vorsichtig gearbeitet, um solche Dinge auf diesem Wege vorher zu verbreiten, denn sonst wäre eine solche Aktion sofort zur Erfolgslosigkeit verurteilt gewesen.

Die Weiterverhandlung wird auf Freitag vertagt.

Losgeschau

In das Konzentrationslager Sonnenburg wurde im Juni d. J. der Generaldirektor der Berliner Lagerhäftlinge Aktiengesellschaft (Behola), Marcel Holzer, gebracht. Zunächst mußte er wie die anderen die schmutzigsten Arbeiten verrichten und vor allem die Kloaken des Lagerkommandanten in der Verwaltung reinigen. Seit Mitte September ist aber in seiner Behandlung eine grundlegende Änderung eingetreten. Er darf sich selbst bedürftigen, hat unbefristete Freizeit und Ausgang in die Stadt; er darf alle 8 Tage den Besuch seiner Frau empfangen und mit ihr in der Stadt wohnen.

Des Rätsels Lösung ist, daß Anfang September die Lagerverwaltung an Holzer herantrat, ihn aufforderte, 100.000 Mark für das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu zeichnen und daß man sich schließlich auf einen Betrag von 50.000 Mark einigte. (Anprek.)

Ein aufrechter Mann

Der Hausmeister des städtischen Realgymnasiums in Belber hat sich trotz aller an ihn ergangenen Aufforderungen und Verwarnungen beharrlich geweigert, den deutschen Gruß zu entbieten. Die Verwaltung hat in diesem Verhalten des Hausmeisters, der als Beamter auf Kündigung angestellt war, eine Verletzung der Beamtenpflicht erblickt und dem Hausmeister deshalb zum 31. März 1934 gekündigt.

Katholisches Kirchenblatt wiederholt verboten

Das katholische Kirchenblatt für Bochum und Umgegend ist von neuem auf die Dauer von vier Wochen verboten worden. Das Verbot ist zurückzuführen auf einem in dem Kirchenblatt veröffentlichten Aufruf des Pfarrers Ostermann in Bochum-Linden.

Meuchlings erschossen

Am Donnerstag vor der Wahl ist, wie wir erst jetzt erfahren, am Lindenplatz in Berlin-Weihenstephan ein kommunistischer Arbeiter beim Anschreiben von Wahlparolen meuchlings erschossen worden. Die gesamte deutsche Presse verschweigt den Mord.

Juristische Fachvereine

sind, wie die „Juristische Wochenschrift“ bekannt macht, auf Anordnung des Reichsjustizkommissars bis 31. Dezember zu liquidieren und in den Bund R d J Juristen einzuordnen. Lind hört auch der „Deutsche Anwaltsverein“ nach mehr als 60 Jahren auf, zu bestehen.

Eine Prophezeiung

Ein Landgerichtsrat Schumacher, Altona, stellt in der „Deutschen Jurischen Zeitung“ Mitteilungen darüber an, wie man „arisch-jüdische“ Eben zur Liquidation bringen kann. Er schlägt eine Rechtsverdringung mit folgender Prophezeiung: „Die rassistische Ausübung unserer Tage wird überaus in manchen Mischweiden ohnehin den Konfliktstoff so vermehren, daß bereits das bestehende Scheidungsrecht zur Lösung ausreicht.“

Wasser im Nazi-Wein

Mit großem Geschrei wurde eine Altersversicherung für das ganze deutsche Volk angekündigt. Was aus diesem Plan wurde, sagt sankt ein gleichgeschaltetes Blatt („Gewerkschafts-Archiv“ Nr. 11): „Anzunehmen scheint sich, daß die von der NSDAP stark betonte Einführung einer allgemeinen Altersversicherung für das ganze deutsche Volk zugunsten des Plans einer achterden Altersversicherung der freien Berufe umgewandelt wird.“ Aber auch dieser Plan wird noch manche Umwandlung erfahren.

Berliner City zu vermieten

G. P. schreibt im „Neuen Wiener Tageblatt“:
Der einstige Glanz der Berliner City ist vollständig verblüht. Konnte man einst kaum ein vermietbares Büro oder Geschäft, auch in den entlegensten und verstecktesten Seitenstraßen, finden, so ist heute das Gegenteil der Fall. Nicht nur das Gegenteil, es ist weit schlimmer, es ist katastrophal. Ganze Häuserfronten sind in der Friedrichstraße zu vermieten, oft stehen mehrere nebeneinanderliegende Läden leer. In den Nebenstraßen glaubt man sich schon in einer ausgestorbenen Stadt zu befinden. Nur zwischen Bahnhof Friedrichstraße und der Ecke der Leipziger Straße ist in der Friedrichstraße ein Abglanz der Zeiten, die noch vor zwei Jahren geherrscht haben, übriggeblieben. Und die Leipziger Straße, die die einzige Straße der Berliner City ist, die ungefähr noch dem früheren entspricht, wenigstens was die Schaufenster betrifft. Aber auch hier sind viele Geschäfte umgezogen, haben ihre Plätze gewechselt, sich verkleinert, und so manches berühmte Geschäft, das jahrzehntelang, auch vor dem Kriege, zu den Anziehungspunkten der Leipziger Straße gehört hatte, ist nicht mehr. Die größten Konfektionshäuser haben wiederholt Konkurs gemacht, nur die bekanntesten Namen sind übriggeblieben, während neue Besitzer die Geschäfte übernommen haben.

Der Glanz der belebten Friedrichstraße zwischen den Linden und der Leipziger Straße reicht jedoch nur bis zum ersten Stock. Was darüber liegt, ist ein trauriger Anblick. Ganze Etagen dieser Häuser, ganze Wohnhäuser sind vom Parterre bis zum Dachboden zu vermieten. Alle Fenster weisen ein und dieselbe Dekoration auf — schräg aufgeklebte rote Zettel: „Zu vermieten!“ Man kann sich buchstäblich fast in jedem Hause die Etage ansuchen, die einem gefällt, und kann den Preis diktieren. Die Vermieter sind zu allem bereit. Die übrigen Mieter zahlen auch nicht mehr die fantastischen Preise, die noch vor einigen Jahren in Berlin gezahlt wurden, die sich nur noch mit Neuvoit vergleichen ließen. Läden, für die man oft bis 15000 Mark und mehr im Monat bezahlt hatte, sind heute für 2000 bis 3000 Mark zu haben. Büroräume, für die man pro Zimmer und Monat 150 Mark zahlen mußte, bekommt man heute oft für 30 bis 40 Mark inklusive Heizung. Die Ekläden in dem noch belebtesten Teil der Friedrichstraße, einst von Geschäftsinhabern begehrt, die sich gegenseitig in den Preisen überboten, sind heute nicht mehr vermietbar. Ecke Friedrichstraße und Leipziger Straße ist ein kleiner Krawattenhändler eingezogen, der Ramsch im wahren Sinne des Wortes, Krawatten für 50 Pfennig das Stück, verkauft. Die gegenüberliegende Ecke der Leipziger Straße, wo einst das Sportmodewaren S. Adam sich befand, das sich jetzt einen billigeren kleineren Platz ausgewählt hat, steht leer, wie fast das ganze Haus. In Ermangelung an Mietern hat sich dort die nationalsozialistische Volkswohlfahrt eingenistet, die hier Post für die Winterhilfe, Stück eine Mark, abgibt.

Die Hausbesitzer wissen sich keinen Rat. Die Etagen sind nicht zu vermieten, die Häuser sind praktisch unverkäuflich. Millionenobjekte an Ecken oder Plätzen bringen heute nicht einmal einen Bruchteil der früheren Mieten ein, im Gegenteil, die Hauswirte zahlen drauf. Der Zustand der Häuser wird täglich schlechter und die Häuser werden ununterbrochen weiter entwertet. Theoretisch soll ein Haus in der City, gleichgültig auf welchem Platz es steht, etwa das Sechsbis Siebenfache der Friedensmiete wert sein, aber verhältnismäßig ist es für diesen Beitrag nicht. Ein ununterbrochenes Lieben hat eine Kette von Zwangsversteigerungen bringt den Leidensweg der Berliner City und den Niedergang seiner internationalen Geschäftsbeziehungen zum Ausdruck. Seit dem 30. Januar ist man fruchtlos bemüht, eine Wiederbelebung der Wirtschaft herbeizuführen. Hier, in der Friedrichstraße, tritt sie nicht in Augenschein. Denn statt eines Konfektionshauses oder eines gut lebenden Restaurants oder eines Juweliersladens ist jetzt eine Schickbude oder ein ähnliches Geschäft, das billige Gelegenheitskäufe anbietet, eingezogen, oder hat die Jugendweiserin der SA einen „Kazi-Bedarf“ eingerichtet, wo die angehenden SA-Leute und Amisanzwarter ihre Uniformstücke auf Teilzahlung kaufen können. Überall ist der Umsatz katastrophal zurückgegangen, eine Umfrage in den Geschäften ergab ein wenig erfruchtliches Bild. Die Kaufleute und Geschäftsinhaber, nach dem Geschäftsgang befragt, schütteln wehmütig den Kopf. „Wiederbelebung? Mag ja sein, aber nicht bei mir...“ Rückgang, Stillstand, keine Kundenschaft. Die Leute laufen nichts oder nur das Notwendigste. Die jüdische Kundenschaft bleibt weg. Ausländer kommen so gut wie gar nicht mehr nach Deutschland. „Wenn das so weitergeht,“ äußerte sich einer, „mache ich meinen Laden zu.“ Das ist die Stimmung, mit der die Berliner City in das kommende Wirtschaftsjahr geht. Nur die und da bekommt ein Handwerker Reparaturarbeiten an den Fenstern der leerstehenden Häuser, die die Regierung durch Zuschüsse subventioniert, damit das Bild der City nicht zu trübselig wird. Es wird ein harter Winter.

Die Jägerstraße, einst das „Glattste“, auf dem früher die Provinzkonkats ausgeglichen sind, wo sie genept wurden, macht katastrophale Geschäfte. Die kleinen Lokale existieren noch, wie die „Weiße Maus“, die kleine „Maxim-Bar“, der „Grobe Gottlieb“. Aber sonst ist alles tot, freit gähnend leer. Die großen Feuchtschubladen liegen wie Versteinerungen aus vorhistorischen Zeiten an den Fassaden der Häuser, um von einer entwichenen Hochkonjunktur zu zeugen, die vielleicht nie wiederkehrt. Reiz sind in diesen Lokalen nur ganz wenige Tische besetzt. Südlich von der Leipziger Straße bezeichnete man die Friedrichstraße als Filmviertel. Nicht mehr... faken hier die Vertreter amerikanischer und ausländischer Filmgesellschaften, die hiesig zahlloser deutscher Filmproduzenten, verleiher und -vermittler. Ein lebhaftes Bild von eleganten Filmkaufleuten, die die Treppen auf und ab stiegen, um ein Engagement nach dem andern abzuschließen, feder Filmaktivistinnen, die insulagen auf der Straße wegenangewandert wurden, belavverbanteter Filmproduzenten und eleganterer Luxusautomobile war man einst hier gewohnt. Heute ist alles leer. Seitdem die Amerikaner ihre Filmbeziehungen zu Deutschland abgebrochen um ihre Berliner Büros aufgelöst haben, ist nicht mehr viel los. Der Arierparagraf für den Film hat hier den Rest fast vernichtet. Nur wenig ist übriggeblieben. Die Geschäftswelt führt das große Wort; Euhgrige, ärmlich gekleidete, junge Mädchen und Schauspieler stehen an den Ecken der Straßen, um mit ein paar berühmten Regisseuren und Operateuren, die nun keine Stellung mehr bekommen... die trostlose Page zu fangen. Um so häufiger trifft man aber Menschen in SA-Uniform, die, die Astenmappe unter dem Arm, in einem der übriggebliebenen

Erschießt die „Freiheit“



»Auch mit Schusswaffe vorzugehen«

Das Staatsprekanten Heffens gibt amtlich bekannt: Die Polizeibehörden haben die Anweisung, gegen Flugblatt-

verteiler der SPD. und KPD. mit den schärfsten Maßnahmen, auch mit Schusswaffe, vorzugehen.

Büros einen Posten erhalten haben. Armut und Elend beherrschen das Bild.

Unter den Linden ist es wenigstens etwas besser, weil sich dort der Strom des Verkehrs abwickelt und die Rücken wieder... gefüllt werden konnten. Aber auch hier ist noch so manche Etage verhältnismäßig billig zu haben. Die Hotels klagen aber gleichfalls und sind meist zum großen Teil unbesetzt. Es kommen keine Fremden; hier und da ein Amerikaner, Engländer und Franzosen überhaupt nicht mehr. Auch hier beherrscht das Braunkind das Bild wegen der neuen Wilhelmstraße. Nur wenn die Wache mit klingendem Spiel die Linden entlang zieht, steht man Tausende von Menschen, jung und alt, mitmarschieren, einen seltsamen Ausdruck in den Augen, den Arm zum Hitler-Gruß erhoben. Berlin hat sein Antlitz verändert...

WTB. und TU.

Die armselige deutsche Presse

Das Volkische Telegrafensbüro und die Telegrafens-Union haben ihre Vereinigung beschlossen. Die neue Gesellschaft nennt sich Deutsches Nachrichtenbüro.

Das Volk-Büro ist seit langen Jahrzehnten der offizielle deutsche Nachrichtendienst. Die Telegrafens-Union stand unter dem Einfluß der deutschen Schwerindustrie. Die Fusion ist eine Folge des Schrumpfungsprozesses in der deutschen Presse. Beide Büros waren seit Jahren Zuschuhunternehmungen und sind es durch die Notlage von tausenden deutschen Zeitungen noch mehr geworden. Durch die Zusammenlegung wird die deutsche Presse noch mehr uniformiert werden als bisher und auch noch unzuverlässiger, da jetzt jede Rücksicht des einen Nachrichtenbüros auf Konkurrenzunternehmen fortfällt. Die wenigen unter Putsch und Schrecken noch bestehenden kleineren Korrespondenzbüros kommen kaum mehr in Betracht.

Schrumpfung bei den Banken

Die sinkende Entwicklung der Großbankbilanzen, die schon im September zu bemerken war, prägte sich im Oktober noch stärker aus, obwohl die Banken verschiedentlich berichten, daß der Umsatz sich auch bei ihnen etwas belebt habe. Während im August ein Kreditorenstand von 108 Mill. und im September ein solcher von 92 Mill. zu verzeichnen war, ergab sich im Oktober noch eine Verminderung um 6 Mill. Allerdings machte die Entwertung von Dollar und Pfund, die in den Vormonaten erheblichen Anteil an der Schrumpfung hatte, im Oktober einer leichten Erholung Platz. Jedoch hielten die Reaktiermarktforderungen an, so daß die Auslandseinlagen doch wohl eine weitere Verminderung erfahren haben. Wenn trotzdem die Gesamtkreditoren nur unwesentlich gesunken sind, so müssen die inländischen Einlagen, ebenso wie schon im September, zugelegen sein, was dann auch von den Banken bestätigt wird. Die Gelder, die die Industrie in den vergangenen Monaten infolge der Wirtschaftsbekämpfung abgezogen hat, kehren zum Teil, wenn auch auf anderen Kosten, erst jetzt wieder zurück. Manche Banken bemerkten dabei Eingänge namentlich seitens solcher Firmen, die an Arbeitsbeschaffungsaufträgen beteiligt wurden und erklären dies mit der Vereinnahmung von Anzahlungen, die nur allmählich für Lohnzwecke usw. beansprucht werden.

Butter als Luxus

Der Bevollmächtigte für Landwirtschaft in Bayern, Staatssekretär Luber, teilt mit:

Die in den letzten Wochen aufgetretene Butterknappheit hat dazu geführt, daß von manchen Molkereien erhebliche Ueberpreise verlangt und vom Handel erhebliche Ueberpreise geboten worden sind. Desgleichen wird Klage darüber geführt, daß Molkereien ihren vertraglichen Lieferverpflichtungen nicht nachkommen und daß Milcherezeuger zur Landbutterherstellung übergeben unter Einschränkung oder Beschränkung der Milchlieferungen an ihre Molkereien. Sie werden hierin beharrt durch die Tätigkeit der Aukäufer, die Bauern- oder Landbutter häufig unter irreführenden Bezeichnungen und zu ungerechtfertigten Preisen in den Verkehr bringen. Demgegenüber weise ich mit allem Nachdruck darauf hin, daß nach der Weisung des Reichskommissars für Landwirtschaft eine Erhöhung der seitlichen Butterverkaufspreise nicht in Frage kommen kann. Der Kleinverkaufspreis fordert, die 30 Pfg. je Pfund über der Notierung der entsprechenden Qualitätsstufe liegen, setzt sich unter Umständen Unannehmlichkeiten aus, vor denen ich ihn nicht schützen will und kann. Die Aufteilung des Zuschlages von 30 Pfg. zwischen Notierung und Kleinverkaufspreis bleibt der Vereinbarung der Beteiligten vorbehalten. Die Zuschläge für Markenbutter können in allen Abnahmehin bis zu 10 Pfg. pro Pfund in Rechnung gestellt werden. Da auch der Butterabfall in die Neuregelung des Milch- und Milchproduktenmarktes einbezogen werden wird, erhebe ich zweckmäßig, von Abschüssen langfristiger Lieferungs- und „Pausverträge“ Abstand zu nehmen.

Keine „Schwierigkeiten“ bei Entlassung.

In einem Erlass des Reichsarbeits-Selbsts beauftragt der Minister die Aredländer, dafür Sorge zu tragen: daß dem Arbeitgeber bei der Entlassung von kurzfristig zu vorübergehenden Zwecken eingestellten Arbeitnehmern keine Schwierigkeiten entstehen.

Halb Offenbach hungert

Der Leiter des Winterhilfswerks im Kreise Offenbach-Lana, erklärte nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“: Anfolge der langandauernden Wirtschaftskrise ist heute Offenbach wohl die ärmste Stadt Deutschlands. Von seiner Einwohnerzahl lebt beinahe die Hälfte von öffentlichen Unterstützung. Auch der Mittelstand, Handwerk und Gewerbe, ist von dieser wirtschaftlichen Bedrängnis aufs härteste betroffen.

Goldzufluß der Schweizerischen Nationalbank

98,42 v. H. Golddeckung
Der in der ersten Hälfte des November fast zum Stillstand gekommene Goldzufluß hat plötzlich in der dritten Novemberwoche einen kräftigen Einbruch. Der Goldbestand hat sich um 41 auf 1082 Millionen erhöht, während der Feinsilberbestand infolge von Umwandlungen um 1/3 auf 19 Millionen abgenommen hat. Die vermehrten Goldbedürfnisse haben den sonst in die Zeit eintretenden Notenzufluß in einer Vermehrung des Notenumlaufs um 22 auf 150 Millionen verwandelt. Die täglich fallenden Verbindlichkeiten haben um 47 auf 708 Millionen zugenommen. Sie und der Notenumlauf sind mit 98,42 Prozent durch Gold und Goldsilber gedeckt.

„Voller Sieg der Bankiers“

In einer Emancipations-Ansprache über Kreditversorgung, der führende deutsche Bankier teilnehmend, erlaubte sich der junge Mann der deutschen Wirtschaft, Herr Staatssekretär Dr. Heber, einige Vorschläge zu machen. Die Untersuchung endete, wie Reichspräsident Brücker bemerkte, „mit einem vollen Sieg des Bankiers und Bankdirektors“.

An Selma Lagerlöf

Von Gerhart Hermann Mostar.

Einmal sah ich am Lagerfeuer
Der Jugend dich weisend stehn:
Es war kein Gefolge dir treuer,
Als wir zwischen zwanzig und zehn.
Wir lauschten Ekebys Hämmern,
Gösta Berlings Lachen Klang her,
Es zogen im Abenddämmern
Nils Holgersons Vögel zum Meer.

Doch später, die Feuer versanken,
Hat mancher die Lippen geschürzt:
Zu schlicht seien deine Gedanken.
Einfach und wenig gewürzt;
Man wählte sich andere Götter,
Die wohnen näher der Zeit:
Kluge Männer und scharfe Spötter,
Und dein Haus in Wärmland war weit . . .

Nun ist zum Braunhemd geworden
Der Kindheit buntes Gewand,
Die Gruppen wuchsen zu Horden,
Die Lauten lärmten im Land,
Unsere Götter sind ihr Gesinde
Und beten den Götzen an,
Ihre Mäntel wehn längst nach dem Winde.
Es verdient, wer verdienen kann . . .

Nur du hast, was du geschrieben,
Einfach und still verschenkt
An solche, die fest geblieben,
An solche, die Fremde bedrängt.
Es rufen die Wildgansschwärme
Wie einst dein freies Wort,
Aus Wärmland bringt deine Wärme
Wie einst der Wind von Nord.

Die Hämmer von Ekeby hallen
Wie einst durch die deutsche Nacht,
Wie damals ist in uns allen
Gösta Berlings Lachen erwacht . . .
Und geht nun dein Leben zur Neige,
Grüßt unsre Ehrfurcht dich neu:
Manch alter Mann wurde feige,
Eine alte Frau blieb treu!

Selma Lagerlöf, die große schwedische Dichterin, ist jünger 75 Jahre alt geworden. Sie hat einen namhaften Geldbetrag für deutsche Emigranten, die Opfer der Hitlerbarbarei, gespendet. Obwohl irgendwelche Äußerungen der bedeutenden Frau über die Politik Hitlers nicht bekannt sind, zumal sich Selma Lagerlöf grundsätzlich nie mit Politik befaßt, veröffentlichte eine deutsche Zeitungskorrespondenz eine förmliche *Achtserklärung* gegen Selma Lagerlöf und bezeichnet es als eine Schädigung Deutschlands, wenn ein Deutscher eines ihrer Bücher kauft . . .

Die Rache am Sohn

Der Fall Gruber in Jena

Die Verhaftung des Professors von Gruber, Jena, über die in Nr. 131 der „Deutschen Freiheit“ berichtet wird, ist ein persönlicher Racheakt Hitlers. Grubers Vater, der Professor der Hygiene an der Universität München war, beschäftigte sich überaus viel mit Rassenfragen und veröffentlichte kurz vor seinem Tode ein Gutachten über die *Rasse des Oafs*, das dem Größenwahnsinnigen nicht eben günstig war. Der Hygieniker Max von Gruber war ein konservativ eingestellter Mann; er war in keiner Weise beschränkt oder von Vorurteilen gehemmt und so blieb er mit seinen Jugendfreunden, den Sozialdemokraten Victor Adler und Engelbert Pernerstorfer bis zum Tod in Verbindung. Für all das bezahlt nun sein Sohn, allerdings nach dem alttestamentarischen Grundsatz, daß die Söhne für die Sünden der Väter zu büßen haben,

Hitler - erleuchtet und durchsichtig

itsch, der erlaubt ist

Vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda sind wiederum Entscheidungen auf Grund der §§ 2 und 4 des „Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole“ gefällt worden. Es wurden durch die neue Entscheidung abermals 20 Erzeugnisse als einwandfrei zugelassen. Darunter befinden sich Neujahrskarten mit dem Hakenkreuz, Christbaumschmuck mit dem Hakenkreuz und ein durchsichtiges Bildnis des Reichskanzlers mit Vorrichtung zur Erleuchtung. Auch sind diesmal zum ersten Male SA- und SS-Puppen zugelassen worden, weil sie von guter Ausführung waren und der SA- und SS-Uniform ein würdiges Aussehen verliehen. Auf die Verbotliste wurden dagegen 49 Kitschgegenstände gesetzt. Darunter befanden sich u. a. Abziehbilder mit berühmten deutschen Persönlichkeiten, Selbstbilder mit erhängten Hakenkreuzen, Speisekartenständer aus Holz in Form eines Hakenkreuzes, Pullover mit aufgenähtem Hakenkreuz, Kinderschürzen mit aufgenähtem Hakenkreuz und aufgenähter Aufschrift „Heil Hitler“, Hosenträger aus Gummiband mit eingewebtem Hakenkreuzmuster. Ferner wurden auf die Kitschliste gesetzt Buchdrucke, die in ganz unästhetischer Art und mit unähnlicher, zum Teil entstellender Wiedergabe der Bildnisse der Staatsmänner den Staatsakt in der Garnisonkirche in Potsdam darzustellen versuchten, sowie Postkarten mit einem Gedicht „Der Führer“, wobei in senkrechter Zeilenfolge der Name des Führers durch die jeweiligen Anfangsbuchstaben in roter Farbe herausgehoben war.

Das sind interessante Aufschlüsse über die Industrialisierung des Hitler-Mythos. Hitler-Transparent auf Hausaltären, Hitler auf Hosenträgern, Hitler im Herzen und auf der Bauchbinde: Gegen solche Emanationen des deutschen Geistes wird auch das Propagandaministerium nichts aus-

Die Namhaften

Die Männer mit der goldenen Nadel

Reichsminister Dr. Göbbels hat als Schirmherr des Reichsbundes der deutschen Freilicht- und Volksschauspiele „eine Reihe namhafter Dichter“ in den Dichterkreis berufen und durch die goldene Nadel des Reichsbundes der Deutschen Freilicht- und Volksschauspiele ausgezeichnet. Es sind dies:

Fred. A. Angermayer, Paul Apel, Friedrich Arenhövel, Max Barthel, Peter Bauer, Julius Bernhard, Paul Beyer, Walter Bloem, Hans Friedrich Blunck, Hans Brandenburg, Otto Brües, Hermann Burte, Paul J. Cremers, Kurt Eggers, Hans Franck, Georg Feichtinger, Reinhard Göring, Wolfgang Göy, Joachim v. d. Goltz, Sigmund Graff, Friedrich Griese, Paul Guck, Max Halbe, Hanns Heyck, Kurt Heynick, August Hinrichs, Karl Maria Holzapfel, Hans Christoph Kärgel, Kurt Kluge, Eberhard König, Hans Kyser, Alois Joh. Lippl, Felix Lückendorf, Joseph Maria Luy, Walter Luy, Gerhard Menzel, Eberhard Wolfgang Möller, H. Römer, Karl Röttger, Walter E. Schäfer, Franz Schauwecker, Diegenschmidt, Wilhelm Schmidtbonn, Wilhelm von Scholz, Wilhelm Ritter von Schramm, Florian Seidl, Heinz Steguweit, Göy Otto Stoffregen, Hellmut Unger, Joseph Magnus Wehner, Franz Johannes Weinrich, Leo Weismantel, Heinrich Zerkaulen, Maxim Ziese.

Diese Liste bereichert die Reihe der Gleichgeschalteten in bemerkenswerter Weise. Immer neue Namen kommen zu den schlechten der Barthel, Blunck und Schauwecker — auch manche, um die es einem für einen Augenblick leid-

tut, sie in dieser Gesellschaft zu sehen. Nur einen Augenblick.

Da ist Wolfgang Göy. Er hatte Unterkunft bei der liberalen Asphaltpresse gefunden und schrieb Dramen, die er den jüdischen Theaterdirektoren kniefällig antrug. Kurt Heynick, zuletzt Dramaturg am Düsseldorfer Schauspielhaus, schrieb sozialrevolutionäre Sturmverse und war zu Dreivierteln Kommunist. Diegenschmidt aus Deutschböhmen war das Schoßkind und die Hoffnung der jüdischen Literaten, von denen er sich unterstützen ließ. Gerhard Menzel gefiel sich in lärmender Jugend und stürmte den Pelion. Um jetzt, wie sie alle, beim Ungeist und bei der Gedankensperre zu landen.

Brothunger bricht Charaktere und Widerstand. Man könnte das noch ertragen, wäre die Unterwerfung nicht fast immer begleitet von dem Hand-auf-Hers-Bekenntnis, daß man schon immer . . . Das ist die Quelle des Ekels, die nicht eingedämmt werden kann.

Heinz Steguweit, heute Feuilletonredakteur eines Nazi-Blattes, schrieb kürzlich einen Roman: „Der Jüngling im Feuerofen.“ Hier schmoren sie alle, seine Kollegen, in brauner Glut, selig mit der goldenen Nadel des Reichsbundes der Freilicht- und Volksschauspiele. Sie leuchtet jetzt auf dem Talmi der Gesinnungen — vorausgesetzt, daß sie echt ist —, denn es ist möglich, daß Göbbels, überwältigt von der Fülle der herandrängenden Dichter, dekretiert hat: Vergoldung genügt!

Ein Presseinstitut erhält einen „Führer“

Schwabe als Erzieher

Nachwuchs sitzt ihm zu Füßen . . .

Wir haben kürzlich berichtet, daß der Chefredakteur des „Westdeutschen Beobachters“ in Köln, seit einiger Zeit 22 Jahre alt, wegen seiner großen Verdienste um den Aufstieg des deutschen Pressewesens zum Direktor des Forschungsinstitutes für internationales Pressewesen an der Kölner Universität ernannt worden ist.

Am 27. November wurde das Institut unter seiner neuen Leitung eröffnet. Die Eröffnung erfolgte im Beisein zahlreicher Ehrengäste durch den Kurator der Kölner Universität, Staatskommissar Dr. Winkelkemper (der andere Chefredakteur des „Westdeutschen Beobachters“ und Stubenältester, die Red. der „Deutschen Freiheit“), der den neuen Leiter des Institutes in sein neues Amt einführte. Dr. Winkelkemper bezeichnete den Eröffnungsakt als ein außerordentlich bedeutsames Ereignis auf dem Gebiete des Journalismus. Zweck und Ziel des Institutes sei, von Köln aus an einer neuen Form der deutschen Presse und an der Erziehung des journalistischen Nachwuchses richtunggebend mitzuarbeiten.

Wahrhaftig ein „bedeutsames Ereignis“. Einer, der dringend der Erziehung bedarf, wird zum Erzieher ernannt. Einer, der noch nicht ausgewachsen ist, hat bereits einen Nachwuchs zu betreuen. Aber dieser wackere Schwabe forscht sich nit. Er hat eine wunderschöne schwarze Uniform mit feinen Litzen und ist damit hinreichend legitimiert.

Unter den Zuhörern sah man die bedrückten Gesichter der bisherigen Leiter des Instituts, die es mit Mühe und mit Sorgfalt aufgebaut und organisiert hatten: den Historiker Professor Kallen und den Privatdozenten Dr. Wohlers. Kallen ist 55, Wohlers 45 Jahre alt. Man kann

sich vorstellen, mit welchen Gefühlen sie die Einführung ihres 22jährigen Institutsvorgesetzten begleiteten. Der Universitätskommissar und Redaktionskollege Schwabes, Dr. Winkelkemper, tröstete sie mit der Bemerkung, daß die Ernennung Schwabes „keine persönliche Spitze“ gegen die beiden Abgesetzten enthalte. Denn:

Das Bedingende zu der Umgestaltung sei hier, daß nunmehr die Leitung in die Hand eines Mannes gelegt würde, der neben den ideellen Möglichkeiten zur Ausgestaltung des Instituts auch die notwendige Parteiautorität besitze und einsetzen könne, die revolutionären Ziele aus der politischen Praxis heraus zu verwirklichen. Die Bedeutung der letzten neun Monate für die deutsche Presse und die sich daraus ergebenden Folgerungen müßten sich nun in Forschung und Lehre zugleich auswirken. Es gelte, einen Nachwuchs zu schaffen, der aus nationalsozialistisch-revolutionärem Geist hier geschult und gefördert würde zum Nutzen der gesamten deutschen Presse. . . .

Selten ist so klar gesagt worden, warum es geht: ein Mann „mit Parteiautorität“ mit der Legitimation des autoritativen Wissenschaftlers in Forschung und Lehre zu versehen. Kraft der gleichen Autorität ist der Dr. Winkelkemper selbst zu seinem Amt als Universitäts-Kommissar und Kurator gekommen. Vor weniger Jahren bestand er mit Ach und Krach sein Dokorexamen an dieser Universität. Mit Schrecken denken seine Lehrer an die grauenhaften Prüfungsstunden des sehr blonden, aber sehr unbegabten jungen Ariers zurück. Heute prüft er seine Professoren und läßt sie durchfallen, wenn sie das ABC des Parteikatechismus nicht beherrschen.

Kurz, er genießt jeden Tag kalte Rache und freut sich, wenn die Professoren, die ihn einst peinigten, heute stramm grüßen müssen.

Zeit-Notizen

Fachleute werden entlassen

Der stellvertretende Direktor der Deutschen Bücherei in Leipzig, Oberbibliothekar Dr. Otto Ebert, Herausgeber der „Minerva-Zeitschrift“, ist auf Grund des „Beamtengesetzes“ in den Ruhestand versetzt worden. Die Entlassung Eberts, der sich während seiner Leipziger Tätigkeit nicht nur als ein wissenschaftlich hervorragend befähigter Fachmann, sondern auch als ausgezeichnete Organisator erwiesen hat, ist in den Fachkreisen des Auslandes mit Aufsehen vermerkt worden.

Ein neuer deutscher Buchverlag in Paris

Der Verlag läßt eine Broschürenreihe „Die Streitschriften des europäischen Merkur“ erscheinen, Auseinandersetzungen mit den wichtigsten Fragen, die heute zur Diskussion stehen. Es erscheinen zunächst die folgenden Bände: „Die Aufgabe des Judentums“ von Lion Feuchtwanger und Arnold Zweig; „Und Oesterreich?“ von Ludwig Bauer; „Der Sinn der Emigration“ von Heinrich Mann; „Warum versagte die Marxischen?“ von Rudolf Olden. Ferner erscheinen die folgenden Bücher: Der berühmte Roman des englischen Judentums „Die Magnolienstraße“ von Louis Golding; ein einfacher Roman aus dem freien Deutschland von gestern, „Ist es vorbei?“ von Margrit Anger; ein Ueberblick über das gegenwärtige Geschehen in Amerika „Amerika, Neubau oder Chaos“ von André Maurois; eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Grundlagen des heutigen Geschehens, mit der Ideengeschichte des XX. Jahrhunderts „Der mißbrauchte Mensch“ von Paul A. Robert. Sämtliche Bücher erscheinen in einfacher, französischer Ausstattung zu den üblichen billigen, französischen Preisen, von Fr. 5,— bis Fr. 18,—.

Gerechtigkeit und Macht müssen eins werden, damit die Gerechtigkeit Macht und die Macht Gerechtigkeit werde.

Pascal

richten. Immerhin hat es Sinn für unpassende Zusammenstellungen. Daß es eine Hitler-Postkarte verbietet, auf der der Name des Führers senkrecht erscheint, noch dazu in rot, ist nur in der Ordnung.

Die schönste Aufgabe

Stählernes spricht zu uns

Durch die Provinzpresse läuft ein Berliner Brief: „Eine interessante Ausstellung im Berliner Schloß: das Reichskartell der bildenden Künste hat Bildnisse und Bildwerke der heutigen Staatsführer gesammelt. Die bildenden Künstler haben in ihnen viele Aufgaben gefunden. Es gibt für sie keine schönere Aufgabe, als den Willen im Antlitz des Schaffenden zu suchen und zu gestalten. Da sehen wir das Hitlerporträt von Walter Mische, das der Deutsche Gemeindetag angekauft hat, das vor allen Dingen den schlichten, volkstümlichen Menschen im Reichskanzler sieht, im Gegensatz zu der Bronzebüste von Hermann Joachim Pagel, die das Kinn und die Stirnpartie sprechen läßt und den stählernen Willen des Kanzlers offenbart. Ernst Segers hat das Scherische in Adolf Hitler gestaltet — das Auge, das auch für Beethoven und Richard Wagner leuchtet. Viel kehrten in dieser Ausstellung das Profil des Dr. Göbbels wieder mit seinen gebändigten Nerven und der eiserne Blick Hermann Görings.“

Letzterer ungebündigt!

Ritual-Mord-Netze

ist die neueste Blüte des Antisemitismus in der Hitlerei. Der Verlag „Deutsche Kultur-Wacht“ Berlin-Schöneberg bringt ein zweibändiges Werk von Julius Baron Rosenberg, bearbeitet von G. Arnold: „Die Juden in Rußland, 1. Band: Leben und Treiben im jüdischen Kahl; 2. Band: Jüdische Ritualmorde in Rußland. Alles für die Psychiater!“

Keine Saarverhandlungen!

Beschluß des französischen Kammer-Ausschusses

Der Auswärtige Ausschuss der französischen Kammer hat nach einem Bericht des radikalen Abgeordneten **Fribourg** über das Saarproblem beschlossen, die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Notwendigkeit hinzuwirken, im Völkerbund zu verhandeln, um der Saarbevölkerung die Rechte und die Sicherheiten sowie die volle Abstimmungs-freiheit zu garantieren, die ihr durch die Verträge gegeben worden sind.

Der Abgeordnete **Fribourg** sprach sich unter lebhafter Zustimmung des Ausschusses gegen Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebietes ohne Abstimmung aus. Er verwies insbesondere darauf, daß diese Frage nicht zwischen Frankreich und Deutschland, sondern nur durch den Völkerbund selbst entschieden werden könne. Die entscheidenden Teile seiner Ausführungen lauten:

„Die Reichsregierung möchte mit uns verhandeln, um die Rückgabe des Saargebietes noch vor der Abstimmung zu erlangen. Man wird uns vielleicht als Gegenleistung einige wirtschaftliche Zugeständnisse machen, die entweder gegen-französisch werden, sobald es dem Reich gefällt, oder die unbedingt notwendig sind, wenn man die saarländische Industrie am Leben erhalten will. Falls wir auf einer solchen Basis verhandeln, erwidern wir zunächst an der Saar den Eindruck, daß wir kapitulieren.“

„Ritten in der Schlacht verhandeln, ist ein Fehler. Wenn wir uns mit dem Reich in Verhandlungen einlassen, schwächen wir unsere Stellung im Saargebiet.“

In zweiter Linie würden solche Besprechungen sicher gegen uns ausgedeutet werden, besonders in **Eliaß-Pötz-ringen**, wo die Hitler-Propaganda sich immer mehr ausbreitet. Dadurch würden wir innerpolitische Schwierigkeiten bekommen. Auch im Inneren Frankreichs würden solche Verhandlungen eine schwächende Auswirkung haben.

Gingegen würden sie in Deutschland der pangermanistischen Kampagne einen neuen Antrieb geben. Sie würden außerdem als ein neuer Sieg des Hitler-Regimes ausposaunt werden. Man würde sagen, da, wo andere nichts fertig brachten, hat es Hitler geschafft.

In Italien, das zahlreiche Forderungen an uns vorzubringen hat, würde man durch unsere Schwäche dazu verleitet werden, ebenfalls zur Tat zu schreiten. Der **Vatikan**, dessen Politik durch unser Jögern beeinflusst würde, hätte einen ausgezeichneten Grund dafür, an der Saar nicht einzugreifen.

Wir würden mit eigener Hand einen wesentlichen Teil des **Verfallers Vertrages** zerstören.

In einem Wort: Die direkten Verhandlungen über die Saar, in die uns Hitler hineinziehen möchte, sind eine Gefahr. Wenn wir den friedlichen Kampf um das Saargebiet führen, mit Methode, mit Mut, unter Verwendung der nötigen Mittel und unter einheitlichem Kommando, werden wir ihn gewinnen. Gleichzeitig werden wir auf diese Weise den Frieden, den Völkerbund und den **Freiheitsgeist** stärken.“

An- und Verkauf
zentraleuropäischer und südamerikanischer Devisen Effekten und
REICHSMARK
durch das Bankhaus
Georges Perles & P. Michel
34. RUE LAFFITTE . PARIS IX
TELEFON TAITBOUT 88-40 BIS 48

abhängt, die Kläger oder Beklagte zur **EM**, oder den Nazis haben. So ist auch bei den Schiedsgerichten, und die Rechts-sicherheit, die dem russischen Handel fehlt, fehlt jedem Aus-länder, der mit deutschen Behörden und Gerichten zu tun bekommt, da ja nun, wie wir berichteten, auch das Privat-recht gleichgeschaltet wird.

Auf deutschem Boden erschossen

Die Oesterreicher schuldig?
Wien, 29. Nov. Die „**Neue Freie Presse**“ aus Nizhnel meldet, wurden gestern auf der **Egenalm** gemeinsam von einer österreichischen und einer deutschen Kommission Erhebungen gepflogen. Es wurde eine Vermessung des Grenz-verlaufs vorgenommen, deren Ergebnis dahin geht, daß sich Reichswehrsoldat **Schuhmacher**, als ihn die tödliche Angel-tral, auf deutschem Boden befunden hat. Die Bluttatete be-lindet sich, wie festgestellt wurde, auf deutschem Boden in einiger Entfernung von der Grenze.

80 Jahre Zuchhaus

Schreckensurteil gegen Kommunisten
In **Breslau** fand ein dreitägiger **Hochverrats**-prozeß gegen 30 Kommunisten aus **Schmiedeburg** im **Nielengebirge** statt. Er endete am Mittwoch mit dem Frei-spruch von sieben der Angeklagten und der Verurteilung von 23 Angeklagten. Die Haupttäter **Höhn**, **Runge**, **Mosler**, **Richard Wagner**, **Jahn**, **Weiß** und **Böhm** wurden zu **Zuch-hausstrafen** von zehn bis sechs Jahren und je zehn Jahre **Erwerbsverlust** wegen Vorbereitung zum Hochverrat, teilweise wegen Verabredung zum Hochverrat oder wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz ver-urteilt. Zwölf der Angeklagten erhielten **Zuchhaus-strafen** von fünf bis ein Jahr, und vier Ange-klagten wurden zu je einem Jahr **Gefängnis** verurteilt. In-sgesamt verhängte das Gericht achtzig **Zuch-haus** und vier Jahre **Gefängnis**. Es sah als ... an, daß auch die **Schmiedeburger Kommunisten** einen **verwaffneten** **Aufstand** geplant hätten, der gleichmäßig in allen schlesischen Orten zum Ausbruch kommen sollte. Insbesondere hatte man auf mehreren **Fabrikanlagen Sprengstoffe** und **Waffen** gestohlen, um so ein größeres **Waffenlager** zur Verfügung zu haben.

Für den Gesamteinhalt verantwortlich: **Johann Pils** in **Dub-neller**; für Anzeigen: **Uto Kubn** in **Saarbrücken**. **Reinhold Brand** und **Verlag**: Verlag der **Volksstimme GmbH**, **Saarbrücken 2**, **Schützenstraße 5**.

Die „Deutsche Freiheit“

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands
muß man regelmäßig lesen

Bestellschein

Ich ersuche um regelmäßige Zusendung der „**Deutschen Freiheit**“

Name: _____

Strasse: _____

Ort: _____

_____ den _____

Unterschrift _____

Verlag der „**Deutschen Freiheit**“
Saarbrücken 3 • Schützenstraße 5 • Postschliefloch 776

LEHM kauft **JUWELEN**
schöne
Diamanten, Perlen, Silber, Gold
VERKAUF:
Paris, 43, rue Lafayette. Expertise

Allgemeine
Deutsche Poliklinik
Métro: Trinité und St. Lazare
Chefarzt Professor **WENSTEN**
1) SPEZIALARZTLICHE ORDINATION für sämtliche Art Erkrankungen.
2) INNERE Klinik
3) CHIRURGISCHE Klinik
4) GEBURTSHILFLICHE Klinik
ORDINATION: täglich von 1 bis 3 Uhr, Sonn- und Feiertags von 10 bis 12 Uhr

Englische Stimme zur Saarfrage

Der „**Observer**“ hat einen Korrespondenten in das Saargebiet entsandt. „**Observer**“ ist das bedeutendste konser-vative Wochenblatt, einer der Hauptmit-arbeiter ist **Peter Garvin**. Im „**Observer**“ kommt in etwas zugespitzter Form die Meinung des „offiziellen“ England zum Ausdruck, ohne daß die Zuschrift an die Regierung gebunden wäre. In dem sehr langen Bericht ist besonders interessant, was über die **Katholiken** an der Saar gesagt wird.

So wünschen die Sozialisten, nicht zur Wahl zu gehen; aber, was überraschend ist, daß auch die **Nazis** nicht hingehen wollen. Die Sozialisten, die bestimmt vor einem Jahr für Deutschland gestimmt hätten, werden 1935 fast sicher für die Fortführung des jetzigen Regimes stimmen.

Diese Stellung, welche die **Katholiken** einnehmen wer-den, ist ungewisser. Kirchenmäßig gehört die Saar zu den **Bistümern** von **Trier** und **Speyer**, von denen man erwarten kann, daß sie seit der Unterzeichnung des **Kontordats** in Deutschland ihren Einfluß zugunsten Deutschlands ausüben werden. Aber, obwohl die **Katholiken-Partei** an der Saar — welche in der Wahl zum **Landesrat** 1932 etwa 60 Prozent der Stimmen bekam, bei 20 Prozent **Kommunisten** und 12 Prozent **Sozialisten** — kürzlich ihre politische Organisation aufgelöst hat, — die Entscheidung wurde nur mit geringer Mehrheit angenommen — gibt es Anzeichen dafür, daß die **Katholiken** an der Saar nicht völlig mit ihren **Glaubens-genossen** jenseits der Grenze übereinstimmen.

Der **Bischof** von **Trier** ist nach **Rom** berufen worden und es wird vermutet, daß der **Vatikan** nicht eine so entschiedene prodeutsche Linie einnehmen kann, wie man früher annahm, und, nach dem **Vertrag** ...

Administrator einsetzen wird, der für die Abstimmungs-perioden die beiden Bischöfe ersetzen würde.

Der äußere Ausdruck der **Nazi-Propaganda** ist erheblich; aber die wirkliche Kraft in der Stimmenwerbung darf geringer eingeschätzt werden, wenn man sich erinnert, daß die **Mittelklasse**, durch welche sie sonst überall so erfolgreich operierte, kaum 15 Prozent der Saarbevölkerung repräsentiert. So mag die **Tatsache**, daß alle **Schaufenster** der **Fotografen** in **Saarbrücken** voll von **Bildern** **Hitlers** und **Görings** sind, nicht so bezeichnend sein, wie es dem Besucher erscheint. Die **Einwohnerzahl** der Saar ist sich in ihrer enormen **Mehrheit** aus **Industriearbeitern** zusammen und fast kaum — nur zwei Prozent — aus **Landwirten**; und die große **Mehrheit** dieser Arbeiter sind **Katholiken**.

Ich habe noch gar nicht von wirtschaftlichen Überlegungen gesprochen, welche von Einfluß auf die Abstimmung sein könnten, weil es gewöhnlich als selbstverständlich angenommen wird, daß politische, religiöse und nationale Gefühle am schwersten wiegen. Es gibt aber kaum Zweifel, daß die **wirtschaftlichen Interessen** der Saar durch weniger enge **Ver-bindung** mit **Frankreich** leiden würden und wenig gewinnen durch engere **Verbindung** mit **Deutschland**. Ich habe von **mancherlei Überlegungen** gesprochen, die vielleicht die **Saar-arbeiter** — sie sind ein ruhiges, besinnliches und nicht leicht erregbares Volk — beeinflussen können, nicht für die **Rück-kehr** der Saar nach **Deutschland** zu stimmen. Die **Molwe**, die **Frankreich** und vielleicht andere Mitglieder des **Völker-bunds-Rates** veranlassen mögen, vor der **Zustimmung** zur **Rückgabe** zu zögern, und auf bestimmte **Garantien** zu be- stehen, wenn die **Rückgabe** vollzogen werden soll, sind eine andere Sache. Die große strategische Wichtigkeit des Gebietes darf als **politischer Punkt** nicht unberücksichtigt bleiben. Das **Recht** der **Einwohner**, befragt zu werden, darf als eine Sache der **Ehre** nicht unberücksichtigt bleiben. Die **Sicherung** der **Minorität** darf als eine Sache der **Gerechtigkeit** auch nicht unberücksichtigt bleiben. —

Herriot, Frankreichs Vertreter beim Völkerbund



Edouard Herriot
ist zum ständigen Ver- ... beim Völkerbund
ernannt worden.

Senat gegen Frauenwahlrecht

Am französischen Senat forderte **Senator Louis Marin**, daß die Frage des **Frauenwahlrechts** auf die Tagesordnung gesetzt werde. Seit dem 16. Juli 1932 habe die **Kommission**, an die der Senat die Vorlage nach einer langen Debatte zurückverwiesen hatte, nichts gemacht. Da die **Frage** ab-getauscht sei, verlange er, daß die **Frage** in der nächsten Sitzung, am 16. November, zur Diskussion gestellt werde. Namens der **Kommission** erwidert ihm ihr **Präsident**, der sich gegen die **Behandlung** **ausdrückt** und den **Frauen** **ver-wirft**, daß sie es so eilig hätten, weil sie an die **Auflösung** des **Parlaments** **dächten** und **kandidieren** möchten. (Ein **wahrhaft überzeugendes Argument** gegen die **Behandlung** ...)

einer **Gesetzesvorlage** durch den **Senat**, die von der **Kammer** mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde!

Senator Hachele tritt dafür ein, daß die **Frage** auf die **Tagesordnung** gesetzt werde und betont insbesondere, was für eine **Dummheit** es sei, den **Frauen** das **Wahlrecht** aus **Angst** vor den **Weißlichen** zu verweigern. Die **Radikalen**, die die **Mehrheit** des **Senats** bilden, erinnert er an ihre **Wahlversprechungen** und an ihr **Programm**. Nachdem noch **Senator Dorez** dafür und einer **dagegen** gesprochen, wird es mit **175 gegen 118 Stimmen** **abgelehnt**, das von der **Kammer** schon beschlossene **Frauenwahlrecht** auf die **Tages-ordnung** des **Senats** zu legen.

Parteiurteile

Die Zeitschrift „**Sowjetwirtschaft** und **Außenhandel**“ (Nr. 19), die **Halbmonatschrift** der **Handelsvertretung** der **UdSSR** in **Deutschland** heißt seit: „In der letzten Zeit hat die **Praxis** der **Schiedsgerichte**, die in **Deutschland** die **Streitfälle** zwischen den **Sowjetorganisationen** und den **deutschen Firmen** behandelt, eine **vollkommen unzulässige**, **überaus einseitige** **Richtung** angenommen. Diese **Praxis** besteht in dem **Bestreben**, die **Sowjetorganisationen** zu **verurteilen** und den **deutschen Firmen** selbst in den **Händen** **recht** zu geben, wo diese **ganz offensichtlich im Unrecht** sind. **Unleres** **Erachtens** entspricht eine **solche einseitige** **Behandlung** keineswegs den **allgemeinen Interessen** der **deutschen Industrie**, wenn auch vielleicht ein **Urteil** einer **einzelnen Firma** von **Nutzen** ist.“
Wir haben des **Stieren** **bereits** **darauf** **hingewiesen**, daß die **deutsche Rechtsprechung** **einfach** **von den Beziehungen** ...

Umarbeitungen, Reparaturen und Neu-anfertigungen zu billigsten Preisen. Ge-logenheiten in **Persianer**, **Silberfuchsen**
FOURRURES „ELITE“
370, rue St.-Honoré, PARIS
Telefon Opéra 87-71

Métro Pigalle **Deutsche Poliklinik** Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld
a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten
b) Chirurgie Zweistöckiger Sanatoriumsgebäude. Die all-mo-dernste Einrichtung
c) Geburtshilfliche Klinik Vierstöckiges Gebäude. Zimmer mit 1 bis 4 Betten
d) Zahnärztliches Kabinett Zahn- und Mundchirurgie
Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonn- und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr